

aus Deutschland



## Stipendien-Aufenthalt in Benin

vom 4. Januar bis 2. April 2001

## **Kleinkredite an Frauen, Dorfbanken und Tontines**

Von Chantal Louis

Benin, vom 4. Januar bis 2. April 2001  
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

# Inhalt

1. Zur Person	238
2. Berlin oder Benin	238
3. Zerbrochene Stempel und andere Schwierigkeiten	238
4. Mehr Zeitungen als Leser?	243
5. Das Duell der alten Herren	245
6. Streitbar und umstritten: Die Kandidatin	249
7. Kleinkredite – Investitionen in die Zukunft, nicht immer leicht gemacht	253
8. Frauenbanken – von Frauen für Frauen	260
9. Merci	262

## 1. Zur Person

Chantal Louis, geboren 1969 im Zentral-Ruhrpott (Gelsenkirchen), studierte Journalistik und Politikwissenschaften an der Universität Dortmund. Volontariat bei den „Ruhr-Nachrichten“, Praktikum und freie Mitarbeit beim WDR-Landesstudio Dortmund. Ab 1994 Redakteurin bei der Zeitschrift „Emma“ in Köln. Seit April 2001 freie Journalistin für Print und Hörfunk, u.a. für WDR und Deutschlandfunk.

## 2. Berlin oder Benin?

„Ach, du fährst nach Berlin? Da war ich auch vor zwei Wochen. Tolle Stadt!“ – „Neinnein, nicht Berlin – Benin!“ – „Benin? Nie gehört. Wo soll das denn sein?“ So oder so ähnlich lautete der Dialog, der sich nahezu sicher abspulte, wenn ich von meinem Reiseziel erzählte. Kaum jemand kannte das kleine Land am Golf von Guinea, das den Medien einfach nicht spektakulär genug ist. Als „Ex-Emma“ interessierten mich natürlich vor allem die BeninerInnen. Reichlich strapaziert von den Klischees, in denen die Medien häufig über afrikanische Frauen berichten – von der „schwarzen Gazelle“ bis zum hilflosen Armut- und Gewaltopfer – wollte ich mich auf die Suche nach der Realität beninischer Frauen machen. Und schauen, ob und wie sie sich verändert. Zum Beispiel durch „Microfinance“-Projekte: Die Vergabe von Kleinkrediten an Frauengruppen, die damit nicht nur an Geld gewinnen, sondern auch an Selbstbewusstsein. Ich hatte außerdem das große Glück, die dritten Präsidentschaftswahlen der jungen Demokratie erleben zu dürfen. Für eine Europäerin aus einer Gesellschaft der Politikverdrossenen eine ergreifende Erfahrung.

## 3. Zerbrochene Stempel und andere Schwierigkeiten

Orden Alladatin kann auf dem sandigen Schulhof keine drei Schritte gehen, ohne dass ihn jemand am Ärmel zupft und seine Frage los wird. „Unser Stempel für die Stimmzettel ist zerbrochen, wir dürfen aber nur diesen Stempel verwenden. Was sollen wir denn jetzt tun?“ – „Auf meiner Wahlkarte ist nicht eingetragen, in welchem Wahllokal ich wählen muss. Wo soll ich jetzt hin?“ Ein älterer Monsieur kommt auf uns zugeschossen. Aus Versehen hat ein anderer Mann seine „Carte électorale“ verwechselt und mitgenommen. Da dieser Mann nun schon gewählt hat und sein Name infolgedessen auf der Liste schon abgestrichen ist, kann der erboste Monsieur jetzt auch nicht mit der

Karte des anderen wählen. Die Verwirrung ist groß, und nun spielt sich auf dem Schulhof eine typisch afrikanische Szene ab: Eine ganze Gruppe beschäftigt sich nun mit dem Fall, und die eben noch friedliche Stimmung schießt von null auf 180. Alle schreien sich wild an. Dann hat plötzlich jemand die rettende Idee, und auf der Stelle werden aus den erbitterten Feinden wieder gute Freunde, und man geht lächelnd auseinander.

Wahlbeobachter Orden, der eigentlich gar nicht eingreifen, sondern tatsächlich nur beobachten wollte, organisiert nun doch an allen Ecken und Enden. Der kaputte Stempel wird geklebt, den seiner Wahlkarte verlustig gegangenen Monsieur schickt er zur „Commission Electorale Locale“, der lokalen Wahlkommission, die sich jetzt der Sache annehmen muss. In einem Wahllokal steht die Urne nicht, wie vorgeschrieben, im Sichtfeld des Personals und muss zwei Meter weitergerückt werden, im nächsten sind statt des vorschriftsmäßigen einen gleich zwei Delegierte eines Präsidentschaftskandidaten zwecks Wahlkontrolle anwesend – einer erhält daraufhin „Lokalverbot“.

Die Regeln sind streng bei diesen Präsidentschaftswahlen im Benin, den dritten, seit das kleine Land an der afrikanischen Westküste 1990 die Alleinherrschaft von General Matthieu Kerekou auf spektakuläre Weise beendete: Friedlich! Als Benin nach 28 Jahren kommunistischer Planwirtschaft und Korruption wirtschaftlich und politisch handlungsunfähig war, berief der 1972 durch einen Putsch an die Macht gelangte Staatschef Kerekou selbst eine Nationalkonferenz aus den sogenannten gesellschaftlich relevanten Kräften ein: Die Intellektuellen, Priester oder Juristen in der Konferenz wollten aber nicht Kerekous Regime stabilisieren, sondern ein neues schaffen. Sie erklärten sich kurzerhand zum neuen Volkssouverän und setzten für März 1991 die ersten freien Wahlen in der Geschichte des Landes an. Und unglaublicherweise akzeptierte Präsident Kerekou seine Absetzung. Das rechneten ihm die Beniner offenbar so hoch an, dass der alte Diktator schon fünf Jahre später, nach der ersten Amtsperiode des ersten demokratisch gewählten Präsidenten, Nicéphore Soglo, wieder auf dem Präsidentensessel saß. Die Mehrheit der Beniner wollte es so.

Seit der friedlichen und in Afrika wohl beispiellosen Revolution vor 10 Jahren hört man in Deutschland fast nichts mehr aus der „République du Bénin“, obwohl das rund sechs Millionen Einwohner zählende Land zu den wenigen – mehr oder weniger – funktionierenden afrikanischen Demokratien gehört. Aber Bürgerkriege, Naturkatastrophen und Hungersnöte sind eben leider die Standardanlässe für Berichterstattung aus Afrika in deutschen Medien – die mit so viel Sorgfalt und Aufwand organisierten Wahlen in der Vorbilddemokratie sind deutschen Zeitungen allenfalls einen Zehnzeiler wert – wenn überhaupt. Dass einige Wochen nach der Wahl vor der Küste Benins aufgegriffene Schiff mit beninischen Kindern, die als „Hausklaven“ nach Gabun transportiert werden sollen, bringt es dagegen auf stolze zwei Seiten im „Spiegel“.

Die Beniner sind stolz auf das, was sie geschafft haben. Und so scheint es, als wollten sie aller Welt zeigen, dass sie ihre demokratische Reifeprüfung bestanden haben. Die oberste Wahlkommission, die „Commission Electorale Nationale Autonome“, kurz CENA, hat dezidierte Vorschriften erlassen und den Wahlablauf bis ins kleinste Detail geregelt, um Wahlbetrug und Fehler auszuschließen. Und das unter unvergleichlich schwierigen Bedingungen: Natürlich steht in keinem der rund 8.000 Wahllokale ein Computer, 80 Prozent der Bevölkerung können nicht lesen und schreiben – was Stimmzettel mit Fotos der Kandidaten erforderlich macht – und oft wissen Eltern aufgrund nichtvorhandener Geburtsurkunden nicht, ob ihre Kinder das Wahlalter von 18 Jahren schon erreicht haben oder nicht.

Das Regelwerk der CENA sieht also vor, dass sich bis zwei Wochen vor dem Wahltag alle Wählerinnen und Wähler in ihren Wohnorten in die Wahllisten eingetragen haben und diese „Listes électorales“ einige Tage im Dorf oder Stadtviertel öffentlich aushängen, damit jeder Bürger überprüfen kann, ob zum Beispiel ein Minderjähriger daraufsteht oder sich jemand mehrfach eingetragen hat. Am Wahltag selbst sieht das Prozedere folgendermaßen aus: Wähler oder Wählerin kommen mit ihrer „Carte électorale“ in das Wahllokal und bestätigen ihre Anwesenheit mit ihrem Fingerabdruck neben ihrem Namen auf der Wahlliste. Dann drückt ihnen eines der vorgeschriebenen drei Mitglieder der Lokal-Besatzung einen Stempel in die Hand, mit dem der Kandidat auf dem Stimmzettel „abgestempelt“ wird. Das bei uns übliche handschriftliche „Kreuzchen“ ist nicht erlaubt, um zu verhindern, dass Stimmzettel im Vorfeld entwendet, angekreuzt werden und auf dubiosen Wegen in die Wahlurnen geraten können. Dem gleichen Zweck dienen die durchsichtigen Wahlurnen und das sogenannte „Bulletin unique“, das bei diesen Wahlen zum ersten Mal eingesetzt wird: Ein einziger Stimmzettel, auf dem die Fotos aller Kandidaten abgebildet sind. Bisher gab es pro Kandidat einen Zettel, der dann in die Wahlurne geworfen wurde. Praktischerweise ließ sich damit denjenigen, die an Stimmenkauf interessiert waren, perfekt beweisen, wen man gewählt hatte: Man brauchte den Käufern, die vorm Wahllokal warteten, nur die übriggebliebenen Stimmzettel zu zeigen und bekam sein Geld. Dieser Trick soll diesmal nicht mehr möglich sein. Und um zu verhindern, dass jemand sich womöglich mehrfache Stimmabgabe ermöglicht, wird der Daumnagel jedes Wählers mit wasserfester Tinte markiert.

Natürlich ist die Wahl geheim – die Menschen gehen zum Stempeln hinter das „Isoloire“, eine aus zwei Brettern und einem Scharnier bestehende Stellwand. Da seit der letzten Wahl eine ganze Reihe dieser Stellwände abhanden gekommen sind, um als Türen, Dachteile oder was auch immer kreativ im Hausbau eingesetzt zu werden, kommt an dieser Stelle wieder einmal das afrikanische Improvisationstalent zum Tragen: Eine in die Ecke des Klassenzimmers geschobene Schultafel tut's im Zweifelsfall auch.

In allen Wahllokalen, die ich mit Orden Alladin besuche, werden die Vorschriften peinlich genau eingehalten. Und auch die Wählerinnen und Wähler sind offenbar entschlossen, ihren Teil zum friedlichen und korrekten Ablauf der Wahlen beizutragen. Geduldig stehen sie in langen Reihen vor den Klassenräumen – die meisten Wahllokale befinden sich in Schulen – oder auf den Bürgersteigen, wo unter Wellblechdächern oder schlicht an der Straßenecke mit einem klapprigen Holztisch und drei Stühlen ein Wahllokal eingerichtet wurde. „Les gens sont très disciplinés“, sagt der Wahlbeobachter zufrieden: „Die Leute sind sehr diszipliniert.“ Auch der Delegierte vom Verfassungsgericht, der obersten Wahlbehörde, die später auch das Ergebnis kontrollieren und verkünden wird, hat nur Kleinigkeiten zu bemängeln.

Das einzige ernsthafte Problem scheint darin zu bestehen, dass einige Wahllokale mittags noch immer nicht geöffnet haben, obwohl sie eigentlich schon ab sieben Uhr in Bereitschaft sein sollten. Das erregt offenbar großen Unmut bei den Wählern, die schon seit Wochen in Radio- und Fernsehspots ermahnt werden: „Wer nicht wählt, verletzt seine Bürgerpflicht!“ In den 13 Uhr Nachrichten kommt nun eine neue Durchsage: Diejenigen, die immer noch vor verschlossenen Türen ständen und nun aus Wut anfangen, ihre Wahlkarten zu zerreißen, mögen noch ein wenig Geduld haben. Auch das Zerreißen der „Carte électorale“ sei ein antipatriotischer Akt, außerdem werde die Karte noch für den zweiten Wahlgang benötigt.

Vokabeln wie „Patriotismus“ oder „Bürgerpflicht“ lassen deutsche Menschen zwar in der Regel zusammenzucken, scheinen aber hier einfach Ausdruck dafür zu sein, dass (betrugs)freie Wahlen in diesem Land noch nicht allzu lange existieren und keinesfalls als Selbstverständlichkeit, sondern als äußerst kostbares Gut betrachtet werden. Nicht zu wählen hieße, die wertvollste Errungenschaft des Landes zum Fenster hinauszuerwerfen. Man ist sehr stolz darauf, dass dies die ersten beninischen Wahlen sind, zu denen keine internationalen Wahlbeobachter mehr geschickt wurden, weil man den Beninern die Organisation friedlicher und korrekter Wahlen mittlerweile selbst zutraut. Ebenso wie die Wahlbeobachtung, die beninische Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) und Journalisten selbst auf die Beine gestellt haben.

Schon im Vorfeld der zweiwöchigen Kampagne bildeten sie ein „Observatoire“: Eine Gruppe aus je sechs Personen pro Departement – Journalisten, NRO-Mitarbeiter und Personen des öffentlichen Lebens – fuhr durchs Land, um die korrekten Vorbereitungen der Wahl zu kontrollieren: Sind Minderjährige in die Wahllisten eingeschrieben? Halten sich die Kandidaten an die Vorschrift, bei ihren Wahlveranstaltungen keine Geldspenden oder andere Geschenke an die Wähler zu verteilen?

Der „Achat de conscience“, der Stimmenkauf, gilt – trotz aller Bemühungen um Transparenz – als ernsthaftes Problem. Variante Nummer eins: Die

Kandidaten spenden bei ihrer Tournee über die Dörfer Fußbälle, T-Shirts oder neue Schulmöbel. Variante Nummer zwei: Anhänger eines bestimmten Kandidaten kaufen Wählern in größeren Mengen Wahlkarten ab, um sie zu vernichten und so die Stimmenzahl ihres Gegners zu reduzieren. In der welt-offenen Millionenstadt Cotonou zum Beispiel, wo die Anhängerschaft des als „modern“ geltenden Kandidaten Nicéphore Soglo auf über 50 Prozent geschätzt wird, sind etliche Käufer unterwegs. Bis zu 10.000 Francs CFA bieten sie für eine Karte. Das sind knapp 30 Mark – für viele Beniner mehr als ein Fünftel ihres Monatseinkommens und in einem der ärmsten Länder des Kontinents ein verdammt gutes Argument für den Verkauf der Karte.

Auch gegen den „Achat de conscience“ engagierten sich NROs im Vorfeld der Wahl. So hiphopte der bekannte beninische Rapper Eric Harlem täglich vielfach im Radio: „Ein Mensch, der sein Land verkauft, verkauft auch seine Seele. Siehst du, Bruder, mich kann man nicht kaufen. Schlange, behalt deinen Apfel, ich kriege davon Bauchschmerzen!“ Im Fernsehen liefen Sketche: Ein Kandidat will seine Wähler auf dem Dorf gewinnen, indem er eine Runde Cola schmeißt. Als ihn ein Kritiker nach seinem Wahlprogramm fragt, weiß er nichts zu antworten. So soll es natürlich nicht sein, so die Botschaft des Spots. Auch die „Haute Autorité de l’Audiovisuel et de la Communication“, die staatliche Medienkommission, die über die Gleichbehandlung der Kandidaten in den Medien wacht, hat eine Kasette herausgebracht: „Election, ce n’est pas la guerre! – Die Wahl ist kein Krieg!“.

Und mehrere Tausend „Zémidjans“, die mit gelben oder grünen Einheitshemden durch die Städte brausenden Moped-Taxi-Fahrer, wurden von der NRO „Centre Afrika Obota“ und der Friedrich-Ebert-Stiftung mit nagelneuen Blusen mit Slogans ausgestattet: „Chère soeur, cher frère, conserve bien ta carte d’électeur! - Liebe Schwester, lieber Bruder, behalte deine Wahlkarte!“ oder „Allons tous voter le 4 mars! – Lasst uns alle am 4. März wählen gehen!“ liest zwei Wochen vor der Wahl jeder Fahrgast auf dem Rücken der „Zems“, und Dominique Abjahouinou vom „Centre Afrika Obota“ ist sicher, dass die vier Hemd-Sprüche reichlich Diskussionen auslösen. „Es ist unmöglich, ein paar Kilometer mit einem Zemidjan zu fahren, ohne ein paar Worte mit dem Fahrer zu sprechen. Und auch die Fahrgäste, die nicht lesen können, werden ihn ansprechen und fragen: „Was hast du da auf deinem Hemd stehen?“

Auch heute, am Wahltag selbst, sind Mitglieder des Observatoire, wie Orden Alladatin – ebenfalls vom „Centre Afrika Obota“ - zwecks Kontrolle unterwegs.

Und so ist von der trägen bis gelangweilten Routine, mit der ein großer Teil der demokratiegewohnten deutschen Bevölkerung die stillen und meist leeren Wahllokale betritt, nichts zu spüren: In den Warteschlangen wird heiß diskutiert, jeder Verdacht auf Verfahrensfehler zieht lautstarke Proteste nach sich.



Auch abends, als die öffentliche Stimmauszählung beginnt, drängt sich vor jedem „Bureau de vote“ ein Pulk Menschen, die erstens neugierig sind, und zweitens selbst sehen wollen, ob auch alles mit rechten Dingen zugeht.

Es ist regelrecht anrührend zuzuschauen, wie jeder kleinste, in der Wahlordnung vorgeschriebene Schritt geflissentlich befolgt wird: Im Schein von Petroleumlampen nimmt das erste Mitglied des Wahlbüros einen Stimmzettel aus der Urne, entfaltet ihn, wirft einen Blick darauf und reicht ihn an das zweite weiter. Das zweite Mitglied nennt laut den Namen des „abgestempelten“ Kandidaten und zeigt den Stimmzettel im Wahllokal herum. Das dritte Mitglied notiert das Ergebnis per Kreidestrich auf der Schultafel oder, auf den Straßen, auf einem dafür vorgesehenen Brett. Jeder „Kandidat“ muss auf einen eigenen Haufen gelegt werden, der laut Wahlordnung mit einem Stein beschwert werden soll. Weitere Mitarbeiter übertragen die Kreidestriche in Formulare, die später an die CENA und das Verfassungsgericht geschickt werden. Bevor die Formulare zusammengeschnürt werden, zählen noch alle Anwesenden gemeinsam nach, ob auch alle ermittelten Ergebnisse zusammenpassen: Die Zahl der Stimmzettel mit der der Kreidestriche, die Summe der Kandidaten, Stimmen plus ungültige Stimmen mit der Endsumme und so weiter. In den seltenen Fällen, in denen etwas nicht hinkommt, diskutieren alle zusammen – die Wahlbüro-Besatzung, die Zuschauer und wir – meist afrikanisch temperamentvoll, bis der Fehler gefunden ist.

#### **4. Mehr Zeitungen als Leser?**

In der Redaktion des „Matinal“ herrscht an diesem Abend um Mitternacht hektische Betriebsamkeit. Eine Nachtschicht steht bevor: Benins größte Tageszeitung hat es sich zum Ziel gesetzt, die Wahlergebnisse für Cotonou – immerhin ein rundes Sechstel aller Stimmen – schon in der morgigen Ausgabe zu veröffentlichen. Um das zu schaffen, hat „Le Matinal“ Schüler angeheuert, die auf ihren Mofas oder Fahrrädern durch die Stadt heizen und die Wahllokale nach den Ergebnissen abklappern. Weil die Redaktionsräume für diese Aktion zu klein sind, sind heute Abend alle Tische auf der Terrasse aufgestellt. An denen sitzen die in Cotonou gebliebenen Redakteure – der andere Teil ist zur Berichterstattung schon vor ein paar Tagen in die anderen Städte gefahren. Mit Taschenrechnern und Tabellen bewaffnet, warten sie auf die rasenden Schülerboten und deren neue Zahlen.

17 Tageszeitungen gibt es in Benin – eine stolze Zahl für ein Land mit nur sechs Millionen Einwohnern, von denen nur ein Fünftel lesen kann. Außerdem ist eine Zeitung zu einem Preis von 70 Pfennig teuer. Das der „Matinal“ mit 3.000 Exemplaren die auflagenstärkste beninische Zeitung ist, spricht für

sich. Allerdings gehen die Redakteure vom „Matinal“ davon aus, dass jedes Exemplar fünf bis zehn Leser hat.

Die 17 Tageszeitungen sind allerdings ein recht neues Phänomen: „Sechs oder acht der Tageszeitungen sind erst im Vorfeld der Wahlen gegründet worden“, erklärt Agapit Napoléon Maforikan, der „Directeur de la Publication“, Mitgründer des „Matinal“ und außerdem Vorsitzender der Journalistengewerkschaft „Union des Journalistes de la Presse Privée du Bénin“, UJPB. Will heißen: Der eine oder andere Kandidat, oder ein zahlungskräftiger Förderer, hat seine eigene Zeitung ins Leben gerufen, um vor den Wahlen entsprechend Politik und Publicity zu machen. Auch bei den anderen, überhaupt insgesamt sehr meinungsfreudigen Zeitungen gibt es natürlich gewisse parteipolitische Präferenzen, die sich aber aufgrund der hohen Titellanzahl einigermaßen die Waage halten.

Für die Berichterstattung im Wahlkampf selber hat die „Haute Autorité de l’Audiovisuel et de la Communication“, HAAC, ohnehin strenge Richtlinien aufgestellt, die Außenstehenden allerdings zugegebenermaßen nicht immer ganz logisch erscheinen. So müssen zum Beispiel die Radiosender jedem Kandidaten die gleiche Sendezeit einräumen, die „Radios rurales“ – die nicht-kommerziellen Radiosender auf dem Land – dürfen zwar über das Wahlprozedere aufklären, aber überhaupt nicht politisch berichten, um tendenziöse Berichterstattung zu verhindern. Die kommerziellen Radios hingegen dürfen die Kandidaten einladen, obwohl jeder weiß, dass die für ihre Sendungen bezahlen. Auf meine irritierte Nachfrage, warum ausgerechnet den der öffentlichen Aufklärung verpflichteten Landradios die Wahlberichterstattung verboten ist, lautet die Antwort: „Ist doch klar, die würden die Bevölkerung viel zu sehr beeinflussen!“ Und warum man dann aber ausgerechnet den kommerziellen Radios erlaube, die zahlenden Kandidaten in die Sendung zu holen? „Ist doch klar, die leben doch von dem Geld.“

Die Journalisten-Gewerkschaft UJPB lädt vor dem Wahlkampf die Zeitungsmacher zu Seminaren ein, um über Rechte und Pflichten der Presse zu informieren. Die Seminare verabschieden einen „Guide du reporter en période électorale“, eine Art Pressekodex für die Wahlperiode, in dem sich die Journalisten verpflichten, Grundsätze wie Objektivität oder Nicht-Einmischung einzuhalten.

Der „Matinal“, zum Beispiel, wird von der HAAC gerügt, als er eine Woche vor der Wahl das Ergebnis einer Umfrage veröffentlicht. Auch das ist laut Richtlinie verboten. Im „Matinal“ selbst sind die parteipolitischen Präferenzen gespalten, was gelegentlich zu heißen Auseinandersetzungen an der Redaktionsspitze führt aber für Ausgewogenheit innerhalb des Blattes sorgt. Außerdem gilt klar der Grundsatz: Scharf kritisiert wird jeder, wenn es nötig ist. Und das ist in dem kaum industrialisierten Land, das trotz Demokratisierung unter seiner korrupten Bürokratie und regelmäßigen Skandalen leidet, ziemlich oft der Fall.

## 5. Das Duell der alten Herren

Dennoch heißt der Sieger am nächsten Morgen Mathieu Kerekou. Einige Zeitungen rufen den alten Präsidenten sogar schon zum neuen aus, obwohl erst die Stichwahl zwischen den beiden Erstplatzierten zwei Wochen später das endgültige Ergebnis bringt. Es sei denn, ein Kandidat hat schon in der ersten Runde die absolute Mehrheit gewonnen. Und das war nach den vorläufigen Ergebnissen schon in der Wahlnacht durchaus denkbar. „Es kann sein, dass es keinen zweiten Wahlgang gibt“, hatte „Matinal“-Chef Charles Toko, nach einem Blick auf die Rechnungen, schon um zwei Uhr nachts festgestellt. „Kerekou passe au premier tour – Kerekou kommt beim ersten Wahlgang durch“ verkündet „Le point“ dann auch am nächsten Morgen, „Kerekou erniedrigt seine Gegner“ findet „24 heures“ und „Fraternité“ ist sicher: „Kerekou gewinnt schon beim ersten Wahlgang“. Andere Zeitungen wie „Le Républicain“ sind etwas zurückhaltender und titeln: „Kerekou und Soglo im zweiten Wahlgang“ oder „Das letzte Duell zwischen Kerekou und Soglo“.

Dass die beiden alten Kontrahenten, die als fast 70-jährige diesmal definitiv zum letzten Mal antreten, klar auf Platz eins und zwei landen würden, wurde allgemein erwartet. Die Angst vor dem unbekanntem Neuen scheint groß in dem Land, deren Nachbarn Togo, Niger und Nigeria allesamt von Staatskrisen geschüttelt sind. Die wirtschaftlichen Probleme Benins, das auf Platz 157 von 174 Ländern der Welt-Entwicklungsskala steht, sind den Wählern offenbar zweitrangig vor einer möglichen Bedrohung des Friedens im Land. Und so gilt Mathieu Kerekou zwar weder als kompetenter Wirtschaftspolitiker noch als strenger Bekämpfer der Korruption, dafür aber als sicherer Garant für Stabilität. Und genau mit diesem Argument wirbt der alte General: „Kerekou wählen heißt den Frieden wählen“ oder „Die Garantie für Frieden und Stabilität“ sind die Slogans auf seinen Wahlplakaten. Damit mobilisiert Kerekou, der zudem einen Ruf als katastrophaler Redner und nicht eben Intellektueller hat, Zehntausende zu seinen Wahlveranstaltungen. Bei seiner letzten Kundgebung vor der Wahl platzt das „Stade de l’Amitié“ in Cotonou aus allen Nähten, und erstaunlicherweise sind es vor allem Jugendliche, die die Ränge füllen, stundenlang auf den Auftritt des Präsidenten warten und währenddessen im Stadion eine Stimmung wie beim WM-Endspiel machen.

Als „Monsieur le Président“ dann tatsächlich kommt, hat er reichlich wenig zu sagen. Seine Rede strotzt vor Phrasen über den „demokratischen und wohlhabenden Staat Benin“, den er sich zum Ziel gesetzt hat. Wie und mit welchem Geld er dieses Ziel erreichen will, bleibt ein Rätsel. Das Land hat kaum Steuereinnahmen, denn etwa 90 Prozent der Bevölkerung arbeiten im sogenannten informellen Sektor, sprich: Als Straßenverkäuferin, Handlanger

oder sonst irgendwo, wo keine Abgaben gezahlt werden. Das Budget, das der Staat investieren kann, ist entsprechend gering.

Allerdings ist es sowieso nicht unbedingt üblich, dass ein Präsidentschaftskandidat ein Wahlprogramm vorweisen kann. Es ist ein sehr personalisierter Wahlkampf, und Mathieu Kerekou ist hier das Symbol für den Erhalt des Friedens und der Einigkeit des Vielvölker-Staates. Was man von seinem Kontrahenten Nicéphore Soglo nicht unbedingt behaupten kann.

Auf den ersten Blick scheint es einem europäischen Außenstehenden unverständlich, warum die Sympathien der Beniner nicht ganz klar auf Seiten des so viel moderneren und weltoffenen Soglo sind. Der hat als ehemaliger Mitarbeiter der Weltbank jahrelang in den USA gelebt, verfügt über gute Kontakte nach Europa und ist ungleich eloquenter und sympathischer. Aber auch viele Intellektuelle in Cotonou sind überhaupt nicht gut auf Soglo zu sprechen. Er habe während seiner Amtszeit, so heißt es, seine ganze Familie auf Regierungsposten verteilt und dafür diejenigen, die sich um den demokratischen Prozess verdient gemacht hatten, bei der Ämterverteilung ignoriert. Besonders wirft man ihm seine Ehefrau vor, die sich zu viel Macht angemäht habe. Ein Vorwurf, der sich bis heute gehalten hat. Rosine Soglo hat die Partei ihres Mannes, die „Renaissance du Bénin“, höchstselbst gegründet, ist deren Vorsitzende und Parlamentsabgeordnete. Das hat ihr den Beinamen „Hillary des Benin“ eingebracht, und in der Tat hat das Ehepaar Soglo es hier mit dem „Hillary-Syndrom“ zu tun: Einerseits sind sich die meisten von mir Befragten sicher, dass „sie viel mehr von Politik versteht als er“. Andererseits ist genau diese Tatsache natürlich äußerst bedrohlich für die fast durchweg männlichen Politiker, so das es auch oft verächtlich heißt: „Soglo steht unter dem Pantoffel“.

Er sei außerdem den „einfachen Leuten“ gegenüber arrogant. Im Gegensatz dazu gilt Schäfersohn Kerekou aus dem ländlichen Norden als „Sohn des Volkes“. Und außerdem habe Soglo seine Abwahl 1996 nicht akzeptieren können und mit undemokratischen Mitteln zu verhindern versucht. Seine Versuche, die Wahlergebnisse anzufechten, hatten damals mehrmals zur Anrufung des Verfassungsgerichts geführt. Angeblich hatte Soglo sogar mit dem Einsatz der Armee gedroht.

Leider zeigt sich der Ex-Präsident auch diesmal als „Mauvais perdant“, als schlechter Verlierer. Obwohl noch gar kein offizielles Ergebnis feststeht, veröffentlicht Soglo schon zwei Tage nach dem Wahlsonntag ein Presse-Communiqué, in dem er Wahlbetrug anprangert. Begründung: Zwischen den – vorläufigen – Ergebnissen in den Zeitungen und den Berechnungen seiner Mitarbeiter gebe es eine Differenz von zwei Prozent.

Natürlich ist diese Differenz erstens vorläufig, zweitens minimal und drittens irrelevant, denn während Kerekou bei rund 45 Prozent der Stimmen liegt,

schaft es Soglo nicht einmal über 30 Prozent. Sein Verhalten ist Wasser auf die Mühlen der Soglo-Gegner. „Siehst du“, sagen mir diejenigen, die ich vor der Wahl verständnislos nach ihren Argumenten gegen Soglo gefragt hatte. „Wir haben es dir ja gesagt. Er kann einfach nicht verlieren, und dann greift er zu unfairen Mitteln.“

Leider scheint der Vorwurf des Kerekou-Kontrahenten ein paar Tage später bestätigt zu werden. Das Verfassungsgericht verkündet das endgültige Wahlergebnis – und verrechnet sich um fast 400.000 Stimmen, über zehn Prozent der Wahlbevölkerung. Zwar handelt es sich eindeutig nicht um einen Versuch von Wahlbetrug, denn der Fehler ist für jedermann erkennbar, aber das ist eben genau der Punkt. Warum erkennt das oberste Gericht die enorme Differenz zwischen seinen Zahlen und denen der CENA nicht? Ein Aufschrei geht durch die Presse. Karikaturen werden veröffentlicht, in denen die offensichtliche Unfähigkeit des Gerichts verballhornt wird, mit den neuen Computerprogrammen umzugehen.

Zwei Tage später korrigiert der „Cour constitutionelle“ sein Ergebnis. Jetzt beträgt die Differenz „nur“ noch und 70.000 Stimmen. Das ist für beninische Verhältnisse allerdings eine durchaus normale Größenordnung, denn sobald in einem Wahllokal ein einziger Fehler bemerkt wird, müssen alle 500 dort abgegebenen Stimmen annulliert werden. Und dass unter den beschriebenen Bedingungen in rund 150 von 8.000 Lokalen etwas schiefgeht – von der falschplazierten Wahlurne bis zum kaputten Stempel – ist durchaus realistisch. Trotzdem ist der bis dahin ausgezeichnete Ruf des Verfassungsgerichts als unabhängiges, unkorruptierbares, demokratisches Gremium schwer angeschlagen, nicht zuletzt deshalb, weil es lange keine offizielle Erklärung abgibt, wie es zu dem Fehler kommen konnte. An Marktständen, auf dem Zémidjan, in Büros – nirgendwo gibt es mehr ein anderes Diskussionsthema. Gerichtspräsidentin Conceptia Ouinsou, bis dato eine der hochgeachteten Persönlichkeiten des Landes, müsse wohl zurücktreten, mutmaßen einige. Die Menschen sind schwer enttäuscht, denn der „Cour constitutionelle“ zählt, ebenso wie die Wahlen selbst, zu den demokratischen Errungenschaften des Landes, auf die die Beniner sehr stolz sind. „Man hatte sie für Übermenschen gehalten“, schreibt zum Beispiel der „Matinal“ nach den Vorfällen unter der Überschrift „Gefährliches Verfassungsgericht“. „Jetzt stellen sie sich als normale Sterbliche heraus, die Fehler machen, groß wie Gebirge.“

Dann kommt die zweite Enttäuschung für die beninische Wahlbevölkerung, die nach dem ersten so friedlichen und disziplinierten Wahlgang als endgültig „Mature pour la démocratie – Reif für die Demokratie“ – gelobt wurde: Soglo verkündet, dass er wegen der „offensichtlichen Betrügereien“ nicht zum zweiten Wahlgang antreten wird. Und das zwei Tage vor dem „Deuxième tour“. Der Wahltermin muss verschoben werden, denn es ist beim besten Willen nicht

mehr möglich, innerhalb von 48 Stunden neue Stimmzettel zu drucken und im ganzen Land zu verteilen. Jetzt geht ein kleiner Wahlkrimi los: Da der zweit-plazierte Soglo nun nicht mehr zur Verfügung steht, müsste der Drittplazierte nachrücken. Das ist aber der Parlamentspräsident Adrien Houngbedji, seines Zeichens Verbündeter von Soglo. Er erbittet sich einige Tage Bedenkzeit. Jetzt kommt ein neuer Verdacht auf: Wollen Soglo und Houngbédji durch ihre Verzögerungstaktik verhindern, dass der neue Präsident am 4. April vereidigt werden kann? Wird diese Frist nämlich nicht eingehalten, muss laut Verfassung eine Übergangsregierung gebildet werden, deren Chef der Parlamentspräsident ist: Adrien Houngbédji. Die Presse spricht von einem „teuflischen Plan der Opposition“ und sieht das „Vaterland in Gefahr“. Die Diskussionen auf den Straßen werden immer heißer. Gut, es hat Unregelmäßigkeiten gegeben. Aber waren die wirklich so gravierend, dass Soglo jetzt das Recht hat, nicht anzutreten? Ist das nicht alles Strategie, um den ganzen demokratischen Prozess in den Dreck zu ziehen, weil er eben ein schlechter Verlierer ist? „Da siehst du, wie er ist!“, sagen mir meine Soglo-Diskussionspartner. „Genauso hat er es damals auch gemacht, als er die Wahl verloren hat.“

Aber der öffentliche Druck ist offenbar zu groß. Drei Tage vor dem neuen Wahltermin am 22. März erklärt Houngbédji, dass auch er nicht mehr als Kandidat zur Verfügung steht. Folglich muss jetzt Nummer vier antreten: Sozialdemokrat Bruno Amoussou, der für den zweiten Wahlgang ohnehin eine Wahlempfehlung für Kerekou abgegeben hatte. Amoussou sagt ja. Die „Deuxième tour“ wird jetzt also zu einer Farce, denn die beiden Kontrahenten sind eigentlich überhaupt keine, der Sieger steht sowieso schon fest.

Deshalb treten jetzt, zwei Tage vor dem zweiten Wahlgang, auch noch neun von 21 Mitgliedern der CENA zurück, nämlich die, die von der Opposition nominiert worden waren.

Kein Wunder, dass am 22. März ein ganz anderes Bild vorherrscht als beim ersten Wahlgang, zumindest in der Soglo-Hochburg Cotonou: Die Schulhöfe sind leer, die Schlangen an den Straßenecken erheblich kürzer als vor zweieinhalb Wochen. In unserem ersten Wahllokal sind diesmal von 525 eingeschriebenen Wählern nur 338 erschienen, 52 davon wählen – offensichtlich aus Protest – ungültig. Orden Alladatin, der sich in der Zwischenzeit auch in den anderen Klassenzimmern umgeschaut hat, berichtet enttäuscht: „Das hier ist noch ein Wahllokal mit hoher Wahlbeteiligung.“ Aber trotz aller Ungereimtheiten im Vorfeld bleibt alles ruhig. Einen einzigen Zwischenfall melden die Nachrichten im Radio: Ein Parlamentsabgeordneter ist mit ein paar Anhängern in einige Wahllokale eingedrungen, hat dort randaliert und eine Urne in Brand gesteckt. Der Mann wird inhaftiert, und die Tatsache, dass er in den nächsten Tagen Titelthema bei fast allen Zeitungen sein wird, zeigt, dass es sich bei seinem Auftritt um die große Ausnahme gehandelt haben muss.

„Die beninische Bevölkerung hat die Demokratie gegen die chaotischen Wahlen verteidigt“, lobt „Agence France Presse“ noch am selben Abend, und in allen Diskussionen über die Wahl und das Chaos davor ist mindestens einmal der Satz zu hören: „Die Bevölkerung hat sich reifer für die Demokratie gezeigt als die Politiker!“ Diese Erkenntnis scheint mindestens genauso wichtig wie die – nicht weiter überraschende – Tatsache, dass Kerekou die Wahl „gegen“ Amoussou mit 84 Prozent gewinnt.

## 6. Streitbar und umstritten: Die Kandidatin

Für Überraschung hatte bei diesen dritten beninischen Präsidentschaftswahlen allerdings noch etwas anderes gesorgt: Zum allerersten Mal in der Geschichte der Republik – und zum zweiten Mal in ganz Afrika – hatte sich eine Frau zur Wahl gestellt. Nachdem Marie-Elise Gbedo als einer der ersten Kandidaten schon im Januar ihre Kandidatur erklärt hatte, schwankten die ersten Reaktionen zwischen Spott, Entsetzen, aber auch Bewunderung über Madames Mut. Bezeichnenderweise zweifelt nicht ein Zeitungsschreiber oder Gesprächspartner an der fachlichen Kompetenz von Marie-Elise Gbedo. Das wäre auch quasi unmöglich, denn die 46-jährige Rechtsanwältin hat ihr Diplom an der Pariser Sorbonne gemacht, und war anschließend Vorsitzende der Westafrikanischen Juristenunion, Vizepräsidentin des staatlichen Anti-Aids-Programms, Vorsitzende der Beninischen Juristinnenvereinigung, um nur einige ihrer Ämter zu nennen. 1996 wurde sie vom damaligen Präsidenten Kerekou zur Handels- und Tourismusministerin ernannt. Kein Zweifel, diese Kandidatin übertrifft in Sachen Erfahrung und Kompetenz die meisten Kandidaten. Trotzdem hat die Kandidatin einen entscheidenden Fehler: Die Mutter (nur) zweier Kinder ist nicht nur eine Frau – sie ist eine geschiedene Frau. Und das ist ihr größtes Handicap.

Zwar gilt es als völlig unbestritten, dass jeder Minister der Regierung sein „Deuxième (oder auch troisième, quatrième ...) bureau“ hat, wie hier die inoffiziellen Geliebten genannt werden. Dem öffentlichen Ansehen des Ministers tut das aber keinen Abbruch – im Gegenteil. Schließlich sind polygame Ehen gesetzlich gestattet und werden auf dem Land auch häufig geschlossen. Im stark europäisch und christlich geprägten Cotonou spielt sich das Viel-Frauen-Konzept eher inoffiziell ab, gilt aber auch hier eher als Zeichen echter (auch finanzieller) Manneskraft, denn als ehrenrührig.

Für Frauen gelten allerdings andere Maßstäbe, und so muss sich Marie-Elise Gbedo immer wieder die öffentliche Frage gefallen lassen: „Wenn sie schon ihre Familie nicht zusammenhalten kann, wie soll sie dann einen ganzen Staat führen?“

Es sind aber keinesfalls nur die Männer, für die Gbedo wegen ihrer Scheidung unwählbar ist. Auch viele Frauen in der Großstadt Cotonou, junge und alte, antworten auf meine Frage, ob sie Marie-Elise Gbedo wählen werden: „Nein, sie ist kein gutes moralisches Vorbild“. Es scheint, als ob die Frauen mindestens ebenso stark wie die Männer den jahrhundertealten Grundsatz von der Unterlegenheit der Frau verinnerlicht hätten. „In unserer Kultur ist immer der Mann der Chef. Eine Frau hat nicht das Recht, Entscheidungen zu treffen“, fasst die Kandidatin das Prinzip zusammen, dem sicher auch in unseren Breitengraden nicht wenige Männer (und zweifellos auch so manche Frau) anhängen – auch wenn es hierzulande nicht mehr so explizit ausgesprochen werden darf.

Die forsche Juristin ist Politikern und Presse aber nicht nur wegen ihres anrühigen Familienstandes suspekt, sondern auch wegen ihres klaren Engagements für Frauenfragen. So hat sie sich als Präsidentin der „Association des Femmes Juristes du Benin“, AFJB, für ihr Hauptprojekt stark gemacht: Den „Code des Personnes et de la Famille“ – ein Gesetzeswerk, das den rechtlichen Status der Frauen neu regelt.

Zur Zeit gelten in Benin in Sachen Familienstatus zwei „Gesetze“ parallel: Der sogenannte „Coutumier de Dahomey“, das alte Regelwerk der Bräuche, das aus dem Jahr 1936 datiert. Und der „Code Civil“, also das „normale“ Familiengesetz, das in Kolonialzeiten gemacht und seitdem nicht mehr verändert wurde. So sieht der „Coutumier“ zum Beispiel vor, dass die Heirat zweier Menschen zwischen den Eltern vereinbart wird und die Zustimmung der meist sehr jungen Eheleute nicht erforderlich ist. Das Heiratsalter für Mädchen, für das die Familie des Ehemannes eine Aussteuer zahlen muss, liegt zwischen 12 und 15 Jahren, das der Jungen immerhin schon zwischen 18 und 20. Die „Mariage forcé“, die erzwungene Heirat, bei der oft sehr junge Mädchen einen vom Vater ausgesuchten Mann heiraten müssen – nicht selten als Dritt- oder Viertfrau eines sehr viel älteren Mannes – ist ein großes und mittlerweile viel diskutiertes Problem auf den Dörfern.

Für den „Code Civil“ liegt das Mindestheiratsalter für ein Mädchen bei 15 Jahren, und die Zustimmung beider „Eheleute“ ist erforderlich. Der neue „Code des Personnes et de la Famille“ will das Alter auf 16 für Mädchen und 18 für Jungen festlegen, die obligatorische Aussteuer abschaffen, und natürlich soll auch hier die Zustimmung der beiden unerlässlich sein. Wie so oft, treffen auch an diesem Punkt in der Großstadt Cotonou zwei Welten aufeinander: Die einen Gesprächspartner erklären mir, dass es natürlich auch hier inzwischen ganz normal ist, dass ein junges Paar unverheiratet, sozusagen in „Wilder Ehe“, zusammen lebt. Die anderen fragen mich entgeistert: „Wie, bei euch muss der Ehemann nichts für die Braut zahlen???“



Der neue „Code“ will auch die Polygamie, wenn auch nicht verbieten, so doch als Ausnahme deklarieren, die vor der Eheschließung festgelegt werden muss. Geht der Ehemann eine monogame Ehe ein, muss er sich daran halten.

Was die Machtverhältnisse in der Ehe angeht, sind beide aktuellen Gesetzeswerke eindeutig: Laut „Coutumier“ muss die Ehefrau dem Mann gehorsam sein, ist für Haushalt und Kinder zuständig (die Entscheidungsgewalt über die Berufstätigkeit der Frau oblag übrigens auch in Deutschland bis 1974 dem Manne) und hat keinerlei rechtliche Befugnisse. Aber auch im „Code Civil“ schuldet „die Frau dem Mann Gehorsam“, der Mann muss seine Ehefrau im Austausch beschützen und hat die Kontrolle über ihre „Kontakte mit der Außenwelt“. Der von der Juristinnenvereinigung erarbeitete „Code“ sieht dagegen die „Gleichberechtigung der Eheleute“ vor.

Und auch das sogenannte „Lérvat“ soll abgeschafft werden, wenn es nach dem „Code des Famille et de la Personne“ geht: Da die Frau mit der Hochzeit zu den Besitztümern des Mannes zählt, wird sie folgerichtig bei seinem Tod auch weiter vererbt, an seinen Bruder oder einen anderen Erben. Auch diese Regelung will der neue „Code“ natürlich abschaffen, ebenso das Gesetz, das die Kinder automatisch dem Mann zuspricht – einer der wichtigsten Scheidungs-Verhinderungs-Gründe, denn die Ehefrau verliert bei einer Trennung automatisch ihre Kinder.

Kein Wunder, dass Marie-Elise Gbedo mit solch geschlechter-revolutionären Ideen aneckt. Sie gehört – wie Verfassungsrichterin Conceptia Ouinsou und Parteichefin Rosine Soglo – zu der Gruppe „Karriere-Beninerinnen“, die sich unübliche Freiheiten genommen haben und ein neues Frauenbild etablieren. Allerdings sind es natürlich fast ausschließlich die „Städterinnen“ aus liberalen Familien, die das schaffen.

Marie-Elise Gbedo zum Beispiel kommt, wie sie mir im Interview erzählt, aus einem sehr freien Elternhaus, das auch ihr als Mädchen die gleichen Chancen einräumte wie ihren Brüdern. Und sie hatte ein starkes Vorbild: „Meine Mutter war staatlich geprüfte Hebamme und eine der ersten intellektuellen Frauen nach der Unabhängigkeit. Eine meiner stärksten Kindheitserinnerungen ist meine Mutter, wie sie in roten Shorts im Garten steht. Stellen Sie sich das mal vor – in den 60er Jahren, in Shorts!“ Und die Mutter vermittelte ihr ein anderes Ideal als das der treusorgenden Hausfrau und Mutter: „Sie sagte immer zu mir: Dein erster Ehemann ist die Arbeit!“ Offenbar entwickelte Marie-Elise in diesem Umfeld enormes Selbstbewusstsein und einen eisernen Willen, ohne den sie ihre steile Karriere sicher nicht gemeistert hätte und vor dem sogar ihr Vater schließlich resignierte: Als seine Tochter ihm im Januar mitteilte, dass sie beabsichtige, Präsidentin zu werden, sagte der nur: „Wenn ich nein sage, machst du es ja trotzdem. Also bin ich dabei!“

Kein Wunder also, dass sich die Tochter aus liberalem Hause nach ihrem Studium in Europa sofort die Verbesserung der Situation der Frauen auf die Fahnen schrieb. „Als ich 1987 aus Paris hierher zurückkam, merkte ich, dass ich mit allem, was ich da gelernt hatte, hier nichts anfangen konnte“, erzählt Marie-Elise Gbedo. „Nach unseren Gesetzen haben Richter und Anwälte keine gesetzliche Grundlage dagegen, wenn eine Ehefrau nach 40 Jahren Ehe ihre Aussteuer zurückzahlen soll, weil sie sich scheiden lassen will!“ Den Vorwurf, sie arbeite mit dem „zu modernen“ Gesetzeswerk an der Realität der meisten Beninerinnen vorbei, weist sie zurück. „Wir haben das ganze Land bereist und mit allen gesprochen. Wir haben eine Konferenz über den „Code“ organisiert und vom Politiker bis zum Voodoo-Priester alle eingeladen.“ Ergebnis: Seit Jahren liegt der Gesetzesentwurf auf den Tischen der Parlamentsabgeordneten, die sich bisher erfolgreich um eine Debatte drückten. Das ist nicht weiter verwunderlich: Die beninische „Assemblée Nationale“ besteht zur Zeit aus drei Frauen und achtzig Männern.

Nachdem Marie-Elise Gbedo ihre Kandidatur erklärt hat, stellt sich schnell heraus, dass ihre Chancen nicht so schlecht stehen, wie die Presse unkt. Ihre Anwaltskanzlei wird von Anhängern und vor allem Anhängerinnen belagert, die Unterstützung anbieten, diskutieren oder einfach das Phänomen selbst in Augenschein nehmen wollen. Dazu nehmen sie teilweise weite Reisen aus dem äußersten Norden des Landes in Kauf. „Es waren Frauen aus Ouémé hier“, erzählt die Kandidatin erfreut. „Die haben zu ihren Männern gesagt: Es soll da diese Frau geben, die sich zur Wahl stellt. Die gucken wir uns jetzt an. Und wenn ihr nicht mit uns dahin fahrt, dann wählen wir diesmal nicht euren Kandidaten, wie sonst immer!“ Die Männer gehorchten. Andere Frauen kommen in die Kanzlei und erklären der Kandidatin: „Wir wussten nicht, dass eine Frau sich überhaupt zur Wahl stellen darf!“ Und einmal, erzählt Marie-Elise Gbedo, fasste bei einer Wahlveranstaltung eine alte Frau sie am Arm und sagte ergriffen: „Das heißt also, ich werde in meinem Leben doch noch die Möglichkeit haben, für eine Frau zu stimmen!“

Schon bald kommt nach dem anfänglichen Spott eine gewisse Unruhe auf. „Die Kandidatur von Marie-Elise Gbedo bereitet bestimmten Politikern langsam schlaflose Nächte. In Anbetracht der Scharen, die sie jeden Tag mobilisiert, muss man sagen, dass die ehemalige Handelsministerin dabei ist, die bisherigen Wahlprognosen auf den Kopf zu stellen“, heißt es nun in der Presse. Von vielen wird die Kandidatin nun auf Platz fünf geschätzt – nach den vier „Riesen“ Kerekou, Soglo, Houngbedji und Amoussou. Neben diesen Vierern ist sie in der Hauptstadt die einzige, die im Rahmen einer großen Wahlkampagne unübersehbar auf Plakaten präsent ist. „Hwenusu“ steht unter ihrem Porträt auf den Plakaten: „Es ist Zeit“.

Die Zeit für den ersten weiblichen Präsidenten Benins ist aber noch nicht reif. Es wäre zugegebenermaßen auch ein Wunder gewesen. Während sich in Cotonou selbst die Prophezeiung vom fünften Platz tatsächlich bewahrheitet, wird die einzige Kandidatin auf dem Land so wenig gewählt, dass sie schließlich auf Platz elf von 17 landet. Trotzdem sind sich alle einig: Ihr Mut ist, völlig unabhängig vom Ergebnis, bewundernswert und ihre Kandidatur ein historischer Akt, der den Weg für die nächsten Kandidatinnen geebnet hat. „C’est une bataille qu’il faut préparer des années“, sagt mir eine junge Gbedo-Anhängerin bei der Kandidatur-Deklaration im „Palais des Sports“. „Diesen Kampf muss man über Jahre vorbereiten. Sie wird es jetzt noch nicht schaffen, weil es noch zu viele Vorurteile gibt. Aber in fünf oder zehn Jahren wird sie Präsidentin!“

Was sie als erstes täte, um die Lage der Frauen zu verbessern, wenn sie tatsächlich Präsidentin würde? „Ich würde den Zugang der Frauen zu Krediten verbessern“, antwortet Marie-Elise Gbedo. „Das ist es, was mir die Frauen auf meinen Reisen durch die Dörfer sagen.“ Das sehen auch die anderen Präsidentschaftskandidaten so – zumindest die, die sich an der Befragung der „Amazone“ beteiligen. „L’Amazone“ ist Benins einzige Frauenzeitschrift, das heißt, die einzige mit politischem Anspruch. Nach der obligatorischen Gbedo-Titelgeschichte im Januar entschließt sich Chefredakteurin Gisèle Adissoda zu einer Umfrage unter allen Kandidaten. Frage: Was wollen sie im Falle der Wahl für die Beninerinnen tun, welche Vision haben sie für die Frauen? Ergebnis: Neun der siebzehn Befragten befinden es gar nicht für nötig zu reagieren, darunter Präsident Kerekou. Die acht, die antworten, darunter Ex-Präsident Soglo, Parlamentspräsident Houngbedji, Minister Amoussou und natürlich Marie-Elise Gbedo, haben die Verbesserung des Zugangs der Frauen zu Kleinkrediten ganz oben auf ihrer Absichtsliste. „Es ist wichtig, die einkommensschaffenden Maßnahmen für Frauen zu verbessern und ihnen den Zugang zu Kleinkrediten zu einem niedrigen Zinssatz zu erleichtern“, schreibt Kandidat Lionel Agbo. „Die ökonomische Kraft der Frauen stärken, mehr von Frauen geführte Unternehmen und ein starkes Frauen-Kleinkredit-Netzwerk“ will Bruno Amoussou. Und die „Gründung einer Frauenbank“ möchte Adrien Houngbedji fördern.

## **7. Kleinkredite – Investitionen in die Zukunft, nicht immer leicht gemacht**

Für Frauen, speziell Frauen auf dem Land, ist es extrem schwierig, einen Kredit bei den herkömmlichen Banken zu bekommen. Zunächst ist da die Hemmschwelle der Bäuerinnen selbst: Die allermeisten können weder lesen noch schreiben, haben Begriffe wie Zinssatz, Spareinlage oder Kassenbuch

noch nie in ihrem Leben gehört und wagen es oft nicht, einen Fuß in eine Bank zu setzen. Selbst die 1993 speziell für landwirtschaftliche Kredite gegründete „Caisse Locale de Crédit Agricole Mutuel“ (CLCAM) mit ihren 96 Filialen, auch in abgelegenen Gegenden, ist für die Frauen kein wirklicher Partner. Sie gelten auch hier als kaum kreditwürdig. Erstens fürchtet man auch bei der CLCAM, dass sie aufgrund mangelnder Bildung zur Verwaltung eines Kredits nicht in der Lage sind, sprich: Das geliehene Geld nicht zurückzahlen. Zweitens haben Frauen der Bank wenig Sicherheiten zu bieten, weil sie in vielen Ethnien traditionell weder Haus noch Land besitzen. Drittens können und wollen sich Bäuerinnen oft nur kleine Summen leihen, was das Verhältnis von Verwaltungsaufwand und Gewinn für die Banken nicht eben reizvoll macht. Und last but not least dürfte die Vision einer Bäuerin, die autonom ihr eigenes Geld verwaltet und vermehrt, den Bankern suspekt sein, weil es ein gewisses Gefahrenpotential für das traditionelle Rollenverständnis birgt. (Das tut es schließlich auch hierzulande: Auch in deutschen Banken werden schließlich Existenzgründerinnen auf Kreditsuche noch oft genug gefragt: „Und was sagt Ihr Mann dazu?“).

Nun gilt aber der Zugang zu Krediten, um es auf gut Entwicklungszusammenarbeits-Deutsch zu sagen, als „limitierender Faktor“, will heißen: Er ist neben anderen existentiellen Faktoren, wie sauberes Trinkwasser oder Aids-Prävention, unerlässliche Bedingung für die ländliche Entwicklung. Und es ist mittlerweile in Ministerien wie Entwicklungshilfe-Organisationen unumstritten, dass die Frauen bei dieser Entwicklung eine Schlüsselrolle spielen. „Wenn Frauen Gewinne machen, investieren sie sie gesellschaftlich wertvoll, zum Beispiel in bessere Gesundheitsversorgung oder die Einschulung ihrer Kinder“, weiß Claire Améline von der Financial Bank, die jüngst einen speziellen Frauen-Kreditfonds eingerichtet hat. Und die Männer? Madame Améline grinst. „Die investieren lieber in eine zweite oder dritte Frau.“

Entwicklungshilfe-Organisationen haben deshalb die Vergabe von Kleinkrediten an Frauen als wichtiges Instrument der Entwicklungszusammenarbeit entdeckt. Allerdings stellte man bald fest, dass die Gelder nicht ohne umfassende „Formation“, also Schulung und Ausbildung der „Kreditnehmerinnen“ ausgezahlt werden sollten. Das „Konzept Kredit“ muss erst einmal erklärt werden, genau wie das Führen eines Kassenbuchs. Oder die Tatsache, dass Transport- und Lagerkosten zur Berechnung des Gewinns berücksichtigt werden müssen. So entstanden etwa Anfang der 90er Jahre in Benin die ersten „Microfinance-Projekte“ mit einer neuen, speziellen Zielgruppe: „Les femmes – Die Frauen“. Heute ist es kaum mehr möglich, die genaue Zahl dieser Projekte zu ermitteln, weil es unübersichtlich viele geworden sind. Ein ganz neues liegt im Dorf N'Dali im Norden des Landes.

Nach einer halben Stunde Autofahrt auf der Straße von Parakou zur nördlichen Grenzstadt Malanville tauchen auf der linken Straßenseite plötzlich zwei kleine Betonkästen auf: Die örtliche Filiale der CLCAM und der Versammlungssaal. Es sind schon um die 30 Frauen da, als wir um neun Uhr morgens in den kahlen aber kühlen Raum treten, und nach und nach trudeln die restlichen ein, sehr alte und ganz junge, viele mit kleinen Kindern auf den Rücken gebunden, bis das 64-köpfige „Groupement des commercants de produits vivriers du Bénin“, kurz: GCPV, vollständig ist. Plötzlich beginnt eine der Frauen zu singen, die anderen „antworten“ ihrem Vorgesang im Chor. Bei der Vorsängerin verstehe ich das Wort „GCPV“, vom anderen Gesang kein bisschen, weil natürlich in der Lokalsprache Bariba gesungen wird. „Was singen sie?“ frage ich Madeleine, die neben mir sitzt. Sie ist „Animatrice“ des Groupements, also diejenige, die die GCPV-Frauen in Sachen Kredit schult. „Sie singen: „Das GCPV gibt uns Kraft und Gesundheit“. Und dass die Dinge gut laufen.“ Ein – oft spontan gedichtetes – Begrüßungslied zu Ehren der Gäste gehört auf den Dörfern oft selbstverständlich zum Empfangsritual für die Besucher. Die an kurzes Händeschütteln gewöhnte Europäerin ist schwer beeindruckt.

Die Gäste – das sind an diesem Morgen der Präsident des gesamten Groupements mit seinen 14 „Cellules de base“ und rund 1.000 Mitgliedern, die Gattin des Präsidenten, sowie Andrea Eberhardt und Peter Hofmann vom Deutsche Entwicklungsdienst. Die beiden Entwicklungshelfer betreuen das Projekt, das Kreditkapital allerdings kommt von der Deutschen Welthungerhilfe. Diese Arbeitsteilung – eine Organisation als Geldgeber, die andere als Ansprechpartner und „Supervisor“ hat sich in den letzten Jahren offenbar bewährt, denn die Doppelrolle stürzte früher so manchen Berater/Geldgeber in einen Rollenkonflikt.

Zwei Millionen Francs CFA, das entspricht etwa 6.000 Mark, hat die Deutsche Welthungerhilfe für das Frauen-Groupement von N'Dali bereitgestellt, damit sie ihre landwirtschaftlichen Aktivitäten ausbauen können, sprich: Größere Mengen ankaufen, lagern oder transportieren und damit auch größere Gewinne machen. Aber bevor das Geld im Oktober 2000 tatsächlich ausgezahlt wurde, bereitete Animatrice Madeleine die Bäuerinnen ein halbes Jahr lang auf ihre Aufgaben vor, immer einen halben Tag pro Woche. „Ich habe ihnen erklärt, wie so ein Kredit überhaupt funktioniert und das sie Buch führen müssen über ihre Warenbestände und ihre Einnahmen und Ausgaben, weil wir es jetzt mit größeren Mengen zu tun haben und das nicht mehr im Kopf geht“, erzählt sie von den ersten Schulungen. Dass alle Ausgaben in die Rechnung miteinbezogen werden müssen war durchaus nicht für alle selbstverständlich: „Wir hatten zum Beispiel eine Frau, die nie die Transportkosten ihrer Maissäcke zum Markt eingerechnet hat. Sie dachte immer, sie macht mit dem Verkauf Gewinn, aber sie hatte gar keinen!“ Madeleine erklärte auch, dass man etwas über den Bedarf für eine Ware wissen muss, bevor

man sie anbaut und verkauft oder damit handelt. „Und wir haben auch diskutiert: Wie können wir die Arbeit im „Groupement“ organisieren?“ Das taten die N'Dali-Frauen generalstabsmäßig.

Das Groupement in N'Dali ist ungewöhnlich groß, und während die meisten Gruppen ihre Kredite schlicht zur Vergrößerung ihrer Anbaumengen nutzen, stellten die 64 GCPVlerinnen ganz neue Strukturen auf die Beine. So unterteilten sie das „Groupement“ in vier Untergruppen à 16 Frauen, die jeweils mit unterschiedlichen Waren handeln: Mais, Maniok, Bananen/Erdnüsse und Igname. Jede „Sous-groupe“ wiederum unterteilt sich in Verantwortliche für den Einkauf der Waren, den Verkauf auf dem örtlichen Markt in N'Dali und dem Verkauf auf weiter entfernten Märkten. Mit Hilfe des Kredits mieten die Händlerinnen einen kleinen LKW zwecks Transport.

35.000 bis 40.000 Francs CFA Gewinn macht jede der vier Gruppen pro Woche, davon verwenden sie 16.000 Francs CFA zur Rückzahlung des Kredits und um noch etwas Geld anzusparen. Der Rest fließt in den Handel. Wenn alles läuft wie geplant, dann haben sie am Ende des einen Jahres nicht nur den Kredit gezahlt, sondern auch noch eine gewisse Summe angespart, also quasi ihren eigenen Fonds gebildet, mit dem sie arbeiten können. Wenn es klappt, würde das lehrbuchmäßig dem Konzept von „Nachhaltigkeit“ von Entwicklungshilfe entsprechen.

Leider läuft die Sache aber nicht ganz wie aus dem EZ-Bilderbuch. Andrea Eberhardt und Peter Hofmann sind heute gekommen, um zu schauen, ob es Fragen oder Probleme gibt. Theoretisch gibt es keine. Praktisch stellt sich bei der Nachfrage nach den Kassenbüchern heraus, dass sie zwar existieren, aber bei genauerem Hinsehen nur etwa einen Monat lang geführt wurden. Dann ist Schluss mit den Einträgen. Als die beiden Entwicklungshelfer freundlich, aber bestimmt nachfragen, kommt zögerlich die Antwort: Nur eine Frau pro Untergruppe kann schreiben, erklärt die Groupement-Präsidentin, und wenn die verhindert sei, dann würde eben nichts in das Kassenbuch eingetragen. Außerdem, so stellt sich in der weiteren Diskussion heraus, leuchtet den Frauen der Sinn der Bücher nicht zwingend ein. Es sei eben ihre Gewohnheit, die Dinge ohne Schrift zu regeln, und das habe doch auch immer ganz gut funktioniert? Die beiden DED-Mitarbeiter versuchen, das Problem zu vermitteln: Dass erstens so große Mengen im Kopf nicht verwaltet werden können, und dass es zweitens gegenüber dem Geldgeber eine Nachweispflicht über die Verwendung des Geldes gebe.

Was den Frauen also bleibt, ist: Männer um Hilfe bitten. „Ich frage öfter meinen Sohn, ob er abends noch die Umsätze ins Buch einträgt“, sagt die Präsidentin. Es ist beileibe kein Einzelfall, sondern eher die Regel, dass ein Mann Schriftführer eines Frauen-Groupements ist – mit der entsprechenden Macht, die ihm daraus erwächst, schließlich kann ihn niemand so recht kontrollieren. Es ist auch

nicht selten, dass die Kreditanträge von Frauengruppen an Banken oder Organisationen erheblich holperiger formuliert sind als die der Männer. Aber die meisten Entwicklungshilfe-Organisationen wissen inzwischen, woran das liegt und lassen sich nicht abschrecken. Im Gegenteil: „Wir fördern bevorzugt Frauenprojekte“, sagt der DED-Landesbeauftragte Dr. Heinz Hohenwald. „Auch wenn die Anträge schlecht formuliert sind, weil die Frauen nicht schreiben können.“

Es liegt die Frage nahe, wie die Männer das finden. Es liegt außerdem der Verdacht nahe, dass die Männer – abgesehen von der direkten Konkurrenz um Fördergelder – die zunehmende finanzielle Unabhängigkeit ihrer Frauen mit einer gewissen Skepsis, wenn nicht sogar mit Angst betrachten. Falls das in N'Dali der Fall sein sollte, sagt es jedenfalls niemand.

„Die Frauen erzählen mir, dass ihre Männer sie jetzt mehr respektieren, weil sie eigenes Geld haben und damit auch etwas zu den Ausgaben für die Kinder beitragen können“, berichtet Madeleine. Damit spricht die Animatrice über einen Punkt, der sehr häufig kritisiert wird, wenn von Frauen-Kredit-Projekten die Rede ist: Schön und gut, wenn die Frauen mehr eigenes Geld verdienen, heißt es dann. Aber ist das nicht ein Schuss ins Knie, wenn die Frauen dann Kosten übernehmen, die bisher die Männer trugen? Hilft das nicht den Männern, sich noch mehr als bisher aus der Verantwortung für die Familie zu stehlen? Die Antwort lautet offenbar: Jein.

„Wenn meine Kinder früher zu mir kamen und sagten: „Ich brauche einen neuen Stift oder ein Heft für die Schule!“, dann musste ich warten, bis mein Mann nach Hause kam und ihn um Geld bitten“, erzählt Adiza Imorou. Seit die Mutter von sieben Kindern durch das N'Dali-Projekt über mehr Geld verfügt, hat sie das nicht mehr nötig. Sie zahlt auch das Schulgeld für zwei ihrer Kinder. „Natürlich hat das früher mein Mann getan. Aber das stört mich nicht. Im Gegenteil: Ich bin stolz drauf, dass ich das jetzt selbst bezahlen kann!“ Ihre Kollegin Satou Orou Dama bestätigt das: „Wenn nichts mehr zu essen im Haus ist, können die Frau jetzt selbst auf den Markt gehen und Gemüse kaufen. Sie müssen nicht mehr auf ihren Mann warten und ihn um Geld für die Einkäufe bitten.“ Und in den wöchentlichen Treffen wird neuerdings nicht mehr nur über Zinssätze und Transportkosten debattiert, sondern auch über die Frage, wie man die Ehemänner dazu bekommen könnte, Kondome zu benutzen.

Bio Sourokou würde die Folgen von mehr Geld in Frauenhand radikaler beschreiben: „Ich kenne viele Frauen, die sich scheiden lassen. Wenn sie ihren Handel durch die Kredite ausbauen und zum Beispiel viel außer Haus sind oder sogar reisen, dann kriegen sie oft Ärger mit ihren Männern. Und das lassen sie sich dann nicht unbedingt gefallen.“ Monsieur Sourokou ist Direktor des „Projet de Microfinance et de Commercialisation“, kurz: Promic, und weiß deshalb, wovon er spricht. Seit Mai 1999 fördert Promic mit drei Sitzen in Parakou, Natitingou und Dassa-Zoumé die Gründung von Dorfbanken. 30 die-

ser Banken gibt es schon, und in den sechs Jahren, auf die das Projekt angelegt ist, sollen weitere 150 entstehen. Und auch hier spielen die Frauen eine Schlüsselrolle: „Bevor wir ein Dorf für eine Dorfbank auswählen, schauen wir uns zuerst an, ob es aktive Frauen-„Groupements“ gibt und fragen sie, ob sie sich an der Bank beteiligen wollen. Deshalb sind, wenn wir die Bank dann tatsächlich gründen, immer sehr viele Frauen unter den Aktionären. Wir haben Banken, bei denen 80 Prozent der Aktionäre Frauen sind und 90 Prozent der Funktionäre, also Kassierer oder Verwaltungsratsmitglieder, aus Frauen bestehen.“

Die Promic-Banken funktionieren nach dem Aktionärs-Prinzip, das heißt: „Mitglied“ der Bank kann nur werden, wer mindestens einen Anteil von 2.000 Francs CFA, also etwa sechs Mark erwirbt. Der maximale Kredit beträgt dann das fünffache der Anteilsomme. Über die Kreditvergabe entscheidet die „assemblée générale“, die aus den Aktionären und Aktionärinnen besteht und die insgesamt 500.000 Francs CFA, also etwa 3.000 Mark als Grundkapital zusammenbekommen muss. Natürlich besteht die Gefahr, dass die meist wohlhabenderen, männlichen Anteilseigner die weiblichen stimmenmäßig weit übertreffen. Denn dass die Dorfbewohnerinnen meist weniger Geld haben als die Dorfbewohner bestätigt auch der Promic-Direktor: „Die Frauen machen mit ihrem „Petit commerce“ einfach nicht so große Gewinne. Männer betreiben oft lukrativere Geschäfte, zum Beispiel den Handel mit Baumwolle“.

Die Promic-Banken wollen diese Gefahr ausschalten, indem sie den Stimmenanteil auf maximal zehn begrenzen. Ihre Zielgruppe sind die Frauen, ihr Konzept die kurzfristigen Kredite über sehr kleine Summen, die eben speziell den Frauen zugute kommen. „Aber dazu muss man die Frauen natürlich auch gezielt ansprechen. Wenn wir einfach auf die Dörfer gingen und sagten: „Wir gründen jetzt eine Dorfbank“, dann wäre diese Bank von den Männern dominiert. Aber wenn man sich die Frauen-„Groupements“ wirklich als Zielgruppe aussucht und sie gezielt anspricht, dann kann man die Frauen auch für diese Idee gewinnen. Und das muss jeder Verantwortliche, der auf die Dörfer fährt, wissen.“

Für die Frauen als umworbene Klientel sprechen aber nicht nur soziale, sondern auch ganz pragmatische Gründe: Weibliche Kreditnehmer zahlen weitaus zuverlässiger zurück als männliche. „Les femmes n’aiment pas des histoires“, erklärt Bio Sourokou dieses Phänomen. Das heißt so viel wie: Frauen wollen keinen Ärger. „Die Rückzahlungsquote der Frauen liegt bei 100 Prozent – wenn sie geschult sind“, bestätigt Nestor Koutchoro, Direktor der CLCAM in Dassa-Zoumé. Bei den Männern liegt sie um ein Viertel niedriger. Warum? „Die Männer sind anscheinend nicht so schnell beunruhigt oder besorgt, wenn sie das Geld nicht zurückzahlen. Die Frauen haben wahrscheinlich mehr Respekt vor uns, wenn wir sie ermahnen.“

Weil das so ist, entdecken inzwischen auch die normalen Geschäftsbanken die Klientel Frau. Vorreiterin ist die schon erwähnte Financial Bank, die vor kurzem



den Frauenfonds „Financial Développement“ gründete, in der typisch beninischen Abkürzungsmanie „Finadev“ genannt. Während die Banken bisher stets die These vertraten, die kleinen Kreditsummen der Frauen stünden in keinem Verhältnis zum organisatorischen Aufwand, hat die Schweizer Bank mit Sitz in Benin, Togo und Tschad als nach eigenen Angaben erste Bank in Westafrika entdeckt, dass das Geschäft dennoch lukrativ sein könnte: Erstens wegen der hohen Rückzahlungsquote, zweitens, weil es die Masse macht.

Zur Zeit existiert Finadev in Parakou und Cotonou, wo man sich auf die Zielgruppe der Markthändlerinnen, Schneiderinnen oder Friseurinnen konzentriert. Jeweils zwei „Animatrices“ sind auf den Märkten der Stadt unterwegs, um das Projekt bekannt zu machen und für die Kleinkredite zu werben. Das Konzept der Financial Bank ist eine Mischung aus Gewinnstreben und sozialem Engagement: „Wir sind keine Ethik-Bank“, sagt Finadev-Chefin Claire Améline. „Aber natürlich geht es uns um die benachteiligte Klientel. Wir haben bei der Financial Bank zum Beispiel auch den Unternehmer, der einen Millionenkredit kriegt. Aber ich habe ein viel besseres Gefühl, wenn ich die Schuhverkäuferin mit ihren Kindern sehe, die sich jetzt mit den Finadev-Krediten ein Haus gebaut hat.“ Oder Madame Sabine, die Stoffhändlerin auf dem riesigen Marché Dantokpa, die, nachdem sie von ihrer Schwester von Finadev erfahren hatte, zum ersten Mal in ihrem Leben die heiligen Hallen einer Bank betreten hatte. Eineinhalb Jahre später arbeitet sie schon mit ihrem fünften Kredit über stolze 500.000 CFA, einem kleinen Vermögen von 1.500 Mark.

Für Kleinstkredit-Verhältnisse ist das sehr viel Geld für eine einzelne Person, und hier liegt ein wichtiger Kritikpunkt am Konzept „Microfinance“: Mit den üblicherweise viel kleineren Summen, die sie als Kredit bekommen, können die Frauen nicht wirklich „Decoller“ – nicht „Abheben“. Höhere Kredite, zum Beispiel für Maschinen, werden in der Regel nicht gewährt, weil die frauentypischen Arbeiten wie Feldanbau oder „Petit commerce“ eben auch nicht die großen Gewinne bringt und damit die Rückzahlung gefährdet wäre. Aber für viele Kreditgeber ist der soziale Aspekt mindestens genauso wichtig wie der rein ökonomische: „Wenn wir an diese Frage rangehen würden wie ein Banker, der 20 Prozent Rentabilität erwartet, dann könnten wir die Arbeit mit den Frauen-„Groupements“ vergessen“, sagt Helmut Kobilke, Koordinator beim Deutschen Entwicklungsdienst in Benin für die „Zusammenarbeit mit einheimischen Organisationen“. „Die Frauen arbeiten leider traditionell in sehr wenig rentablen Bereichen. Aber dass die Frauen ein bisschen verdienen, ist für uns nur ein Aspekt. Wichtiger ist uns eigentlich, dass sie sich durch die Schulungen und die gemeinsame Arbeit auch mal bei Dorfversammlungen zu Wort melden, sich organisieren und ihre Interessen vertreten.“

## 8. Frauenbanken – von Frauen für Frauen

Der Versuch, beides miteinander zu verbinden – größere Kreditsummen und größeres Selbstbewusstsein – wird in Savalou unternommen: „Dagbeli“ steht auf dem Schild an dem großen Holztor, das dahinter liegende Steingebäude hat die übliche schlichte Schuhkartonform und unterscheidet sich nicht von anderen „repräsentativen“ Häusern an der Straße. Aber drinnen beherbergt der Betonklotz ein ungewöhnliches Projekt: „Dagbeli“ – „Weg des Glücks“ ist eine Frauenbank. Zwar sind 16 der 18 Angestellten männlich – Kunden sind hier aber nur weibliche zugelassen. Da musste bei den Ehemännern dieser Kundinnen bei der Gründung der Bank im April 1999 natürlich erst einmal um Verständnis geworben werden. Laut Marie-José Surpris, „Dagbeli“-Frau der ersten Stunde, ging das noch recht einfach. „Wir haben den Männern erklärt, warum wir ausschließlich mit Frauen arbeiten wollen“, erzählt die Beraterin mit kanadischen und haitianischen Wurzeln. „Wir haben sie gefragt: „Habt ihr Zugang zu Krediten bei einer Bank?“ – „Ja, zur CLCAM.“ – „Haben eure Frauen Zugang?“ – „Nein.“ – „Seht ihr, deshalb wollen wir jetzt erstmal mit den Frauen arbeiten.“ Seitdem wissen die Frauen: Unsere Tür ist für sie offen. Sie wissen: Sie sind „Chez elles“, und sie dürfen sich zu Wort melden und sagen: Mit dem und dem bin ich nicht einverstanden!“

Stolze drei Millionen Francs CFA, also knapp 9.000 Mark, gewährt „Dagbeli“ als maximalen Kredit, allerdings nur im städtischen Milieu. Aber auch im „Milieu rurale“ kann eine Frau immerhin 200.000 Francs CFA, also 600 Mark bekommen. Und das Konzept scheint zu funktionieren: 141 Kredite hat die Bank im Umkreis von Savalou bisher vergeben, und weil unter den Kreditnehmerinnen 70 „Groupements“ sind, hat „Dagbeli“ damit insgesamt rund 1.000 Frauen finanziell unterstützt. Möglich wurde das durch einen Kredit der kanadischen Regierung und dank der Unterstützung der ebenfalls kanadischen Organisation „Oxfam“. Um es einfach auszudrücken: „Dagbeli“ hat sich selbst Geld geliehen, um es weiterzuverleihen.

Entstanden ist die Frauenbank aus einem der gängigen Projekte, die Frauen bei der Gründung von Kleinunternehmen unterstützen wollte und dazu auch eine eigene Kreditlinie hatte. „Wir haben uns seit dem Start von „Femmes et Activités Economiques“ Gedanken darüber gemacht, wie wir das Projekt nach Ablauf der Förderzeit erhalten können“, berichtet Marie-José Surpris. Und so entstand die Idee eines „nachhaltigen“ Projektes, das rentabel nach normalen Marktgesetzen funktioniert: Die laufenden Kosten wie Gehälter, Gebäude und Material zahlt „Dagbeli“ aus eigener Tasche. Und sogar die „Formation“ der Kundinnen, die obligatorisch ist, muss nicht bezuschusst werden, denn sie ist durch einen Aufschlag beim Zinssatz finanziert, der den üblichen Sätzen auf dem „freien Markt“ entspricht.

Eine weitere Besonderheit: Die Bank verbindet den Kredit für Groupements immer mit einem Alphabetisierungskurs. So sitzen an diesem Morgen im Dorf Kpakpassa bei Savalou neun Frauen unter dem Strohdach der Versammlungshütte und schreiben unter der Aufsicht von „Animatrice“ Clarisse ein Diktat. Das Groupement hat seither nicht nur schreiben gelernt. „Es hat sich vieles verändert. Zum Beispiel lesen die Frauen ihren Männern jetzt Briefe und Artikel aus der Zeitung vor. Und jetzt treffen die Frauen auch Entscheidungen. Bevor wir hier angefangen haben, war das nicht so. Da standen sie unter der Fuchtel ihres Ehemannes. Das gab es auch nicht, dass ein Mann seine Frau einfach so außer Haus gehen ließ. Jetzt sind es sogar die Männer selbst, die ihre Frauen zu uns zum Unterricht schicken. Das beweist doch, dass sich schon ein bisschen was getan hat.“

Nicht immer sind die Männer von der neuen Unabhängigkeit ihrer Frauen begeistert, auch wenn sie zunächst den höheren Beitrag ihrer Frauen zum Haushaltseinkommen durchaus zu schätzen wissen. „Die Frauen werden von ihren Ehemännern mehr respektiert, vor allem, weil sie jetzt die Ausgaben teilen können, das heißt: Die finanziellen Belastungen werden nicht mehr nur vom Mann getragen.“ Aber diese Unabhängigkeit sollte aus Männersicht natürlich eine gewisse Grenze nicht überschreiten. „Wir sind uns bewusst, dass wir ein Ungleichgewicht geschaffen haben. Dass es jetzt Frauen gibt, die mehr Geld haben als ihre Männer“, weiß Marie-José Surpris. „Ich würde sagen: Zuerst waren viele erleichtert. Es gab viele Männer, die gesagt haben: Uff, ich fühle mich jetzt von meiner Frau weniger in die Ecke gedrängt, weil sie nicht immer Geld von mir verlangt. Aber es gibt natürlich auch Männer, die fürchten, dass ihre Frau sie jetzt nicht mehr respektiert und das ihr Bild vor den anderen Männern angeknackst wird.“ Und tatsächlich führt die finanzielle Unabhängigkeit, aber auch die Diskussion mit den anderen Frauen des „Groupements“ und das gemeinsame Lernen gelegentlich dazu, dass die eine oder andere Frau nun tatsächlich aufbegehrt.

„Es gab zum Beispiel eine „Animatrice“, die unsere Schulungen gemacht hat, die oft von ihrem Mann geschlagen wurde“, erzählt Marie-José Surpris. „Und eines Tages hat sie ihn verlassen. Der Mann kam dann wutentbrannt zu uns und beschimpfte uns, dass wir schuld seien, weil seine Frau jetzt Geld habe und deshalb keinen Respekt mehr vor ihm. Ich habe ihm angeboten, dass ich mit beiden gemeinsam sprechen könnte. Aber die Frau hat entschieden, dass sie nicht zurückgeht, weil sie sich dieser Gewalt nicht mehr aussetzen will. Sie ist bis heute nicht zu ihrem Mann zurückgegangen. Und das sind die großen Veränderungen, die wir hier haben. Die Frauen fangen an, mit ihren Männern von gleich zu gleich zu reden,“ sagt die „Dagbeli“-Gründerin und fügt hinzu: „Les femmes sont plus debout“ – Die Frauen gehen jetzt einen aufrechteren Gang.

**9. Merci**

Ich möchte mich herzlichst bei den MitarbeiterInnen des Deutschen Entwicklungsdienstes Benin bedanken: Für ihre selbstverständliche Gastfreundschaft und ihre Hilfe in allen Lebenslagen – von der Beschaffung einer neuen Gasflasche bis zur Ersten-Malaria-Hilfe. Mein herzlicher Dank gilt auch Agapit Napoléon Maforikan, ebenfalls Heinz-Kühn-Stipendiat, und seinen Kollegen bei „Le Matinal“ für ihren warmherzigen Empfang, ihre Hilfsbereitschaft und die viele Zeit, die sie sich für meine Fragen genommen haben. Bedanken möchte ich mich auch bei der Friedrich-Ebert-Stiftung für die ausgesprochen nette Aufnahme und Unterstützung meiner Arbeit. Merci beaucoup!!!